Diese Zeitung erscheint täglich, Montags ausgenommen, und kostet hier 3 Thlr. 10 Sgr., auswärts portofrei 3 Thlr. 15 Sgr. halbjährlich.

Inserate werden mit 1 Sg. per Petitzeile oder deren Raum berechnet, müssen jedoch gleichzeitig mit der Insertionsgebühr eingesandt werden.

Westfälischer Merkur.

Nro. 102. **Münster**, Dienstag den 29. April **1845.**

Landtags-Angelegenheiten.

Rhein-Provinz.

Dreißigste Sitzung, vom 28. März.

Der Herr Landtagsmarschall berief den Referenten des vierten Ausschusses, einen Abgeordneten der Städte, zur Berichterstattung über mehrere Anträge, die Beförderung des Handels und der Industrie betreffend. — Von den mannigfaltigen, an den achten rheinischen Landtag gerichteten, dem vierten Ausschuß überwiesenen, auf Handels- und Gewerbs-Verhältnisse sich beziehenden Anträgen und Petitionen hat der Ausschuß 9 verschiedene zu Einer Berichts-Erstattung vereinigt, deren Haupt-Inhalt angegeben, und sich dahin geäußert, dieselben bekunden nicht nur die zunehmende Wichtigkeit der gewerblichen Interessen, sondern auch die mehr und mehr sich verbreitende Ueberzeugung, daß zur Förderung dieser Interessen noch wesentliche Maßnahmen der Staatsverwaltung nothwendig sind. Das Referat hebt in der Kürze die auffallenden Unterschiede in den Gesetzen und Einrichtungen, welche auf Handel und Gewerbe einen wesentlichen Einfluß ausüben, wenn man England und andere Länder mit den zollvereinten deutschen Staaten vergleicht, hervor, bespricht dann die wichtigsten industriellen und Zollfragen, und bemerkt am Schlusse: Diese Fragen so gründlich zu untersuchen, um darauf spezielle Vorschläge zu fassen, ist der Ausschuß nicht im Stande, und es kann dies mit Erfolg nur von der Staatsverwaltung in Gemeinschaft mit Sachkundigen geschehen. Die Aufgabe der Stände kann nur seyn, ihre begründete Ueberzeugung von der unabweislichen Nothwendigkeit der Ergreifung wirksamer Maßregeln aussprechen und die treufaßlichen Bitten vor den Thron zu bringen." — Folgendes sind die nach einer aufführlichen Debatte und dem Antrage des Ausschusses gemäß von der Versammlung (meist einstimmig) gefaßten Beschlüsse: 1) Soll an Se. Majestät die Bitte gerichtet werden, daß Allerhöchstdieselben geruhen wollen, in Gemeinschaft mit den Regierungen der Zollvereinsstaaten, eine wesentliche Umgestaltung des dermaligen Handels und Zollsystems zum Zwecke der Beförderung der National-Schiffahrt und der inländischen Industrie anzuordnen. 2) An Se. Majestät den König die ehrfurchtsvolle Bitte zu richten, daß Allerhöchstdieselben dem Handelsstande eine einflußreichere Stellung in Beziehung auf die Handelsverhältnisse mit dem Zollvereine verleihen. 3) Daß Se. Majestät die Zuziehung von Gewerbs- und Handeltreibenden aus allen Staaten des Zollvereins bei der vorläufigen Berathungen über Zölle und über Zoll- und Handelssystem in Gemeinschaft mit den vereinländischen Regierungen Allergnädigst verordnen wollen. 4) Daß Se. Majestät huldreichst geruhen wollen, in gleicher Weise Gewerbs- und Handeltreibende bei den Berathungen der Zoll-Congresse zuziehen zu lassen, so lange nicht Deputirte der Stände der Zollvereinsstaaten hierbei mitwirken. 5) Daß Allerhöchstdieselben ebenfalls in Gemeinschaft mit den Regierungen der übrigen Zollvereinsstaaten zur Beförderung der inländischen Baumwollen-Spinnerei eine wirksame Erhöhung des Eingangszolls auf Baumwollengarn, und zugleich die Gewährung eines angemessenen Rückzolls auf Baumwollenwaaren anzuordnen geruhen wollen. 6) Daß Allerhöchstdieselben die dringliche Berthmäßigkeit der Erhaltung und Beförderung der inländischen Leinen-Industrie Allergnädigst in Erwägung zu ziehen, und die wirksamsten und nachhaltigsten Mittel zur Vervollkommnung der Flachsbereitung und zur Beförderung der inländischen Flachs-Maschinen-Spinnereien und Leinen-Webereien huldreichst anzuordnen geruhen wollen. — Es folgte nun der Vortrag des Referats über den Antrag einer Abgeordneten des Ritterstandes, betreffend die Erhöhung des Schutzzolles bei der Einführung des holländischen Viehes, englischer Leinwand und leinen Garne. — Da der letztere Theil, Leinwand und Leinengarn betreffend, bereits durch das Referat über einen ähnlichen Antrag erledigt war, so beschäftigte sich das Referat blos mit dem Eingangszolle bei der Einführung holländischen Viehes und stellte den Antrag: „Daß es unserer hohen Staatsregierung gnädigst gefallen möge, dem unsere Landwirthschaft betrohenden Verderben durch wesentliche Erhöhung auf alle landwirthschaftlichen Produkte, die mit im Lande selbst ziehen können, möglichst zuvor zu kommen, und namentlich für das aus dem Auslande bei uns eingehende Vieh die Besteuerungssätze dochgefälligst normiren zu lassen, wie folgt: Für ein Pferd 10 Thaler, für ein Einwinterfohlen 4 Thlr., für einen Ochsen oder Stier 10 Thlr., für eine Kuh 8 Thlr., für ein Rind (Jungvieh) 4 Thlr., für ein gemästetes Schwein 6 Thlr., für ein mageres Schwein 3 Thlr., für einen Hammel oder ein Schaf 1 Thlr., für ein Lamm, Kalb, eine Ziege, ein Spanferkel per Stück 15 Sgr., indem ein niedrigerer Schutzzoll seinen Zweck, die inländische Viehzucht zu heben, nicht erreichen würde." — In Folge einer sehr gründlichen Debatte, welche den ganzen Rest der Sitzung ausfüllte, wurde jedoch auf den Antrag des Ausschusses nicht eingegangen, sondern die Frage von dem Herrn Landtagsmarschall in folgender Fassung zur Abstimmung gebracht: „Soll Se. Majestät gebeten werden, daß Allerhöchstdieselben geruhen wollen, in Erwägung zu ziehen, auf welche Weise die Viehzucht durch Handels-Verträge mit dem Auslande und durch erhöhte Zölle befördert werden könne?" Dieser Antrag wurde von der Versammlung, außer zwei Stimmen, angenommen, und dadurch der Gegenstand für erledigt erklärt.

Provinz Brandenburg.

Berlin, 20. April. In der 40. Plenarversammlung wurde über folgende Petition Beschließung gefaßt: Ein Abgeordneter hat unter Hinweisung auf den wenig befriedigenden Zustand der evangelischen Landkirche und mit spezieller Beziehung auf die neuerlich nur mit Zuziehung von Geistlichen abgehaltenen Provinzialsynoden den Antrag gemacht, die Bethaillgung der Laien an den kirchlichen Angelegenheiten, als ein Mittel zur Belebung kirchlichen Sinnes, von des Königs Majestät zu erbitten. Darüber, welche Ausdehnung diesem Antrage zu geben seyn möchte, wurden, wie im Ausschuß, so auch in der Versammlung, verschiedene Ansichten ausgesprochen. Diejenigen, welche am weitesten gehen wollten, beantragten: der Landtag möge erklären, daß er eine Reform der gegenwärtigen Kirchenverfassung und die Einführung eines presbyterialen Elements in dieselbe, so wie die Betheiligung des Laienstandes an inneren und äußeren Kirchenangelegenheiten, für unerläßlich halte zur Aufrichtung, Belebung und Fortbildung der Kirche selbst, und daß daher die Aufstellung einer auf diese Grundsätze gestützten Kirchenordnung, welche jedoch vor ihrer Emanation den Landtagen zur Begutachtung vorzulegen sey, gewünscht werde. Von Anderen wurd ein enger begrenzter Antrag, nämlich dahin vorgeschlagen, daß speziell eine Betheiligung der Laien an den Synoden erbeten werde. Noch Andere dagegen erklärten sich überhaupt dagegen, dem Antrage Folge zu geben. Nach der stattgehabten Diskussion ward zur Abstimmung geschritten und dabei die Frage: ob in dieser Angelegenheit überhaupt ein Gesuch an des Königs Maj. zu richten sey, mit „nein" beantwortet.

Deutschland.

* Aus Westfalen. Der Rheinische Beobachter ließ sich in diesen Tagen aus München berichten, daß eine Verfügung des Ministeriums des Innern den Polizeibehörden den gemessenen Befehl ertheilt habe, den separatistischen Bewegungen in Baiern die größte Aufmerksamkeit zu widmen und da es sich hier nicht um kirchliche, sondern lediglich um gefährliche communistische Bestrebungen handle, jede Theilnahme an denselben von strafrechtlichen Standpunkt aus als Hochverrath zu behandeln. Der Eibersfelder Zeitung ist die Gelegenheit willkommen, um sich sofort unter solcher Voraussetzung aufs höchlichste zu ereifern und über solche Verordnungen ohne Erbarmen das Todesurtheil zu verhängen. Sie würden, meint sie, noch empörender, noch grausamer seyn, als Torquemadas Richtersprüche und Aidas Dekrete und — was sie freilich bei ihrer Unparteilichkeit hinzuzufügen vergessen hat — als die blutrünstigen, Jahrhunderte dauernden Gesetze gegen Irland. Darum will sie denn auch in einem seltenen Augenblick kritischer Anwandlungen dieser Nachricht keinen Glauben beimessen, obgleich der Rhein. Beobachter gewöhnlich zuverlässige Nachrichten aus Baiern bringe. *) „Ein solches Gesetz könnten wir allenfalls", meint sie, „in Rom für wahrscheinlich halten, doch in Deutschland halten wir's für unmöglich und für mehr als wahrscheinlich, daß den Rhein. Beobachter eine müßige Falschheit ist berichtet worden. Wir wissen zwar, daß die Wasser des Ultramontanismus in Baiern hochgehen, doch daß sie so sehr unter den Augen eines edlen deutschen Fürsten alle Begriffe des Rechts überfluthen, glauben wir einem Zeitungsartikel ohne eine authentische Bestätigung nicht. — Die katholische Religion bedarf in ihrer Behauptung nur der Wahrheit, welche sie von ihrem göttlichen Gründer erbte, und nicht der peinlichen Halsgerichtsordnung." Wenn die Eibersfelderin also wirklich jene Nachricht in das Reich der Unmöglichkeiten verweist, wozu denn, fragen wir sie, ihr ganzes spaltenlanges Gerede? wozu dieses wenig verschleierte falsche Gähnen? Allerdings ist diese Correspondenz des Rhein. Beobachters nur Verdrehung, nur Unwahrheit und nur ein abermaliger Beleg, welche Nachrichten Tag für Tag auf Kosten Baierns fabrizirt werden; und wir hätten gerade von der Eibersfelderin um so mehr dieses unumwundene Anerkenntniß erwartet, da sie zuerst in der von ihr mitgetheilten Bekanntmachung des baierischen Landcommissariats zu Neustadt jene gemessene Befehle veröffentlichte, welche das Ministerium des Innern den Polizeibehörden zukommen ließ. Hienach beschränken sich nämlich diese auf Hinweisungen auf gesetzliche Bestimmungen, welche im Falle einer neuen Secten bildung in Baiern in Anwendung kommen. So bestimmt der § 26 der 2. Verfassungsbeilage, daß Religions- und Kirchengesellschaften, die nicht zu den bereits gesetzlich aufgenommenen gehören, ohne ausdrückliche königliche Genehmigung nicht eingebildet werden dürfen und der § 4 verbietet alle heimlichen Zusammenkünfte unter dem Vorwande des häuslichen

*) Einen Beleg hierfür werden wohl die unständlichen Berichte bilden, welche der Rhein. Beobachter über die Vorgänge in den jüngsten baierischen Staatsrathssitzungen lieferte, und worin er sogar Reden von Prinzen mittheilte; während hintennach erklärt wurde, daß über die beregten Punkte gar nicht verhandelt worden sey.

Gottesdienstes. Zugleich wird die Erwartung ausgesprochen, daß die Bürgermeisterämter ihre Gemeindeglieder durch Warnung und Ermahnung von jenen religiösen Umtrieben ferne zu halten suchen. Die baierische Regierung verhält sich demnach auf völlig legalem Wege; sie will sich aus Parteilichkeit für die sectirerischen Tendenzen keiner Gesetze, keiner Constitutions-Verletzung schuldig machen oder gesetzliche Bestimmungen ignoriren und außer Anwendung kommen lassen, und macht ihre Unterthanen zur Nachachtung im Voraus dieserhalb aufmerksam; ein Verfahren, das gewiß auch die Eiderstedter Zeitung nur lobend anerkennen wird und das überhaupt keine Sophistik zu tadeln vermag. Wenn aber zugleich diese Regierung in jenen Bewegungen nicht so sehr religiöse, als communistische und radicale Bestrebungen sieht, so geben wir zwar der Eiderstedter Zeitung darin Recht, daß höher communistische Lehren von den Vertretern der Secte nicht offen ausgesprochen wurden; aber es wird und versteht sich schwerlich gläubigst werden können, daß diese neue Kirche in ihrer jetzigen Gestaltung gegen solche Lehren keine Garantien zu bieten vermöge. Wie der Radicalismus die Nationalsouveränität proclamirt und diese sich in den Massen bestehend denkt, wie er die Volks-Constitutionen in möglichst kurzen Perioden Revisionen unterwirft und darüber wieder in Ur-Versammlungen nach der Kopfzahl abstimmen läßt: in gleicher Weise werden auch von jenen Sectirern die kirchliche und Glaubensautorität ebenfalls in der Masse gesucht, Glaube und Kirche alle 5 Jahre auf allgemeinen Concilien Revisionen unterworfen, und die gefaßten Concilien-Beschlüsse bestätigt oder verworfen, je nachdem die größere Zahl der Gemeinden nach der Kopfzahl ihrer Mitglieder Bestätigung oder Verwerfung dekretirt. Solche radicalistische, auf die Kopfzahl der Masse basirte Institutionen können aber gegen eine Verbreitung und Anerkennung communistischer Ideen um so weniger sichere Gewährschaften leisten, als eben der christliche Glaube hier auf ein Minimum reducirt ist und das vermeintliche Ur-Christenthum, das man intendirt, von vielen Gemeindeliedern in falscher Auffassung als ein Vorbild des Communismus bezeichnet worden ist. Will die neue Secte also gegen Verdächtigungen solcher Art sicher sein, so wird sie sich auf ganz andern Grundlagen zu constituiren haben und ihren positiven Inhalt erweitern und weit fester begrenzen müssen.

In neuerer Zeit ist bei den öffentlichen Besprechungen über die Finanz-Verwaltung und insbesondere über den unterm 9. April v. J. durch die Gesetzsammlung publicirten Etat der Staatseinnahmen und Ausgaben für 1844, unter Anderm auch die Frage angeregt worden, in welcher Art der Mehr-Ertrag der Einnahmen, welcher über die in diesem Etat veranschlagten Summen hinaus wahrscheinlich aufgebracht werde, zur Verwendung gelange. Durch den Aufschwung der Industrieller und gewerblichen Thätigkeit, durch die Verbesserung der Boden-Cultur und durch die Vermehrung der Consumtion haben allerdings in den letzten Jahren einzelne Einnahme-Zweige, insbesondere die directen Abgaben, einen ansehnlich höhern Ertrag geliefert, als sich nach den Erfahrungen der frühern Zeit voraussberechnen und in jenem Etat veranschlagen ließ. Dadurch ist es aber auch möglich geworden, größere Summen, als dies früher thunlich war, der Erhöhung der Landes-Gulter, theils unmittelbar, theils durch Unterstützung von Gemeinden, und besonders der Verbesserung der Communications-Mittel zuzuwenden. Die nachfolgende Zusammenstellung, welche ich mit Allerhöchster Genehmigung Sr. Majestät des König's zur öffentlichen Kenntniß bringe, weist nach, welche Beträge in den letzten drei Jahren für solche Zwecke haben disponirt werden können. Es sind nämlich verwendet:

	Thlr.
1) Zu Landes-Meliorationen, zu Bezieselungs-, Entwässerungs- und anderen Anlagen zur Verbesserung der Boden-Cultur in den Jahren 1842 317.196 Thlr., 1843 422.305 Thlr., 1844 330.613 Thlr., zusammen	1.139.114
2) Zur Aufführung größerer Bauwerke, Fortsetzung und Vollendung des Festungsbaues, zum Bau und zur Verbesserung der Gerichts- und anderer Dienstgebäude, Gefängnisse ꝛc. in den Jahren 1842 754.287 Thlr. 1843 1.337.851 Thlr., 1844 1.522.237 Thlr., zusammen	3.614.175
3) Zu Wasserbauten und zur Verbesserung der Schifffahrt in den Jahren 1842 885.561 Thlr., 1843 1.005.559 Thlr., 1844 1.008.929 Thlr., zusammen	2.890.347
4) Zu Chaussee- und Wegebauten in den Jahren 1842 2.229.134 Thlr., 1843 2.301.564 Thlr., 1844 2.832.728 Thlr., zusammen	7.453.513
5) Zur Beförderung des Eisenbahnbaues in den Jahren 1842 28.939 Thlr., 1843 500.000 Thlr., 1844 528.300 Thlr., zusammen	1.057.239
6) Zu außerordentlichen Beihülfen bei Kirchen- und Schulbaus-Bauten in den Jahren 1842 116.941 Thlr., 1843 248.240 Thlr., 1844 278.122 Thlr., zusammen	643.309
7) Zur Unterstützung gewerblicher Anlagen in den Jahren 1842 106.881 Thlr., 1843 108.881 Thlr., 1844 111.381 Thlr., zusammen	326.643
8) Zur Verbesserung der inländischen Pferdezucht in den Jahren 1842 6500 Thlr., 1843 6500 Thlr., 1844 9500 Thlr., zus.	22.500
9) Zu Etablissements-Beihülfen bei Brand- und Wasserschäden, zu Unterstützungen bei Mißwachs ꝛc. in den Jahren 1842 106.716 Thlr., 1843 83.135 Thlr., 1844 325.672 Thlr., zusammen	516.123
(Die ferneren Unterstützungen kommen im Jahre 1845 zur Verrechnung.)	
Im Ganzen also in den Jahren 1842 4.611.994 Thlr., 1843 6.104.432 Thlr., 1844 7.946.532 Thlr.	
Zusammen . . .	18.662.958

Es dürfte daraus die Ueberzeugung gewonnen werden, daß die Regierung Sr. Majestät des Königs nicht unterlassen hat, nach Maßgabe der durch die höheren Einnahmen gewährten Mittel jährlich auch verhältnißmäßig größere Summen zu solchen, das allgemeine Wohl befördernden Anlagen und Verbesserungen zu verwenden. — Berlin, den 23. April 1845. — Der Finanz-Minister, Flottwell.

Breslau, 13. April. Die katholisch-theologische Facultät der hiesigen Universität hat den vom Fürstbischof von Breslau ernannten Domdechanten M. von Diepenbrock in Regensburg, so wie den hiesigen Dompredger, Kanonikus Förster, zu Doktoren der Theologie honoris causa ernannt.

Koblenz, 22. April. Der Aufenthalt des Königs und der Königin im Schlosse Stolzenfels wird, wie es heißt, nur 4 Wochen dauern. Die Reise nach Kopenhagen wird der Rheinischen also bald folgen. (Rh. u. M.-Z.)

(Dagegen sagt die Düsseld. Zeitung: Aus sehr glaubhafter Quelle geht uns auf Berlin die Nachricht zu, daß Ihre Majestäten der König und die Königin im bevorstehenden Sommer die Rheinprovinz nicht besuchen werden, sondern daß Se. Maj. der König eine Reise nach Ostpreußen und Schlesien beschlossen haben, um sich persönlich von den daselbst durch die Ueberschwemmungen verursachten Verheerungen zu überzeugen und Abhülfe dagegen zu veranlassen.")

Von Aachen, 22. April. Wichtig und tief in das Volksleben greifen die jetzt bereits von ganz Deutschland gehaltenen Vorbauthungen des rheinischen Landtags über die Reichsstände, Volksrepräsentation und Preßfreiheit. Diese Verhandlungen sind ein Ehrentitel für die Rheinländer Ernst, Gründlichkeit, vielseitige Beleuchtung, Liebe zum gemeinsamen Vaterlande, praktische Kenntniß der Zeitbedürfnisse, Offenherzigkeit und politisches Bewußtsein, zeichnen diese denkwürdigen und lehrreichen Verhandlungen aus. Die Rheinländer haben bei dieser Gelegenheit wieder bewiesen, wie vortrefflichen Gleichgewicht in ihnen ist; sie lieben ihren Glauben und die Freiheit, das geht vortrefflich Hand in Hand.

Stuttgart, 23. April. 30. Sitzung der Kammer der Abgeordneten am 21. April. Die Sitzung beginnt nach 9 Uhr. Schon eine Stunde zuvor sind die Galerien überfüllt. Am Ministertische befinden sich die Herren Minister Weal von Berlichingen, von Schlayer und der Geh. Legationsrath von Neurath. Es handelt sich nicht etwa um eine Erigenz der Regierung, sondern um die für die vorige Periode bereits verausgabten Gelder. Nachdem Frhr. von Berlichingen den Stand der Sache auseinandergesetzt und der Kammer den Commissionsantrag, welcher Uebergang auf die Tagesordnung will, vorgetragen hatte, eröffnete Hr. Kettenmaier das Treffen. Ich erkläre unumwunden, sagte er, daß ich ein Feind der Censur bin. Die Kammer hat das beständige Stillschweigen in den Staats-Acten für verwerflich erklärt: noch weit verwerflicher aber ist die Censur, durch welche Recht und Wahrheit unterdrückt werden. — Decan v. Strobel bekämpft sich nun in warmer Rede über die Handhabung der Censur in den katholischen Angelegenheiten. Freilich aber lief der Sinn am Ende darauf hinaus, man möchte die Censur, wenigstens zum Schutze der katholischen Kirche, noch verschärfen. Alles, was den Katholiken ehrwürdig ist, sagte er, wird mit Hohn und Spott übergossen, mit fanatischer Intoleranz verfolgt. — Und das Alles unter den Augen der Censurbehörde! — Sind das die Mittel, um Eindeit in den religiösen Angelegenheiten zu erhalten? Müssen auf solche Weise die Herzen der Katholiken nicht der Regierung selbst entfremdet werden? Ich bin weit entfernt, zu glauben, daß die Regierung dabei selbst ihre Hand im Spiele habe; allein thut sie Recht daran, zu dulden, daß der Glaube der Katholiken auf solche Weise geböhnt und verspottet wird? Ja, und wir haben nicht einmal ein concessionirtes Blatt, nicht einmal ein Organ, um uns vertheidigen zu können. Ist es da zu verwundern, daß auch die Katholiken neuerdings alle für Preßfreiheit sind? — Dr. Klagen der Katholiken über die, wie mehrere Redner ausführten, durch die Censur selbst bedingte gehemmte Verbreitung der Presse nahmen die meiste Zeit der Sitzung in Anspruch. Ihr Hauptsprecher war Hr. Wiest, weswegen wir seinen Vortrag auch ausführlicher geben. — Wiest: Die Censur ist Willkür, ist verwerflich, aber zu einem zweischneidigen Schwert wird sie, wenn sie die Veranlassung ist, den confessionellen Frieden zu stören, und offenbaren Preßvergehen zum Vorschub zu dienen, so daß sie unbedingt aufhören muß. Es ist eine unläugbare Thatsache, daß seit ungefähr drei viertel Jahr der weit größere Theil der deutschen Presse, insbesondere die meisten deutschen Tagesblätter mit Zulassung der Censur es als ein eigenes Gewerb treiben, Alles, was nur den Katholiken heilig und ehrwürdig ist, unsere Religion und Kirche, deren Einrichtungen und Gebräuche, unsere Oberhirten und den Papst zu Gegenständen der maßlosesten Verunglimpfungen, der Verhöhnung und Verspottung, des bittersten Hasses, ja fanatisch-wahrhaft zu machen. Die Wahrheit und Wahrhaftigung sind theils unmöglich gemacht, theils verkümmert, und wo sie zugelassen werden, da werden sie häufig mit fanatischer Bosheit als Angriffe auf den religiösen Frieden bezeichnet. Die meisten württembergischen Tagesblätter machen keine Ausnahme, denn wie in Baden, in Preußen u. s. w. die Censur geübt wird, so auch in Würtemberg. Selbst der sich der Unparteilichkeit rühmende Schwab. Merkur ist ein einseitiges partheiisches Blatt voll Abneigung und Vorurtheil gegen die Katholiken, und wo er unparteiisch scheinen will, wird man an die Fabel von der Eulenhaut erinnert. Noch vor einem Jahr bestand ein ganz anderes System, wenn man bei der Censur von einem solchen sprechen kann. Das System hat sich aber bald und plötzlich geändert; ich bemerke diese Behauptung, daß aber nöthig, dabei die Ulmer Schnellpost zu nennen, was nicht geschehen würde, denn sie ist ein unbedeutendes politisches, von den meisten derjenigen-Katholiken, die sie halten, aufgegebenes Blatt. Voraus schicken muß ich, daß ich in das kleine Blatt „den Donaubothen", das ich seit bald fünf Jahren herausgebe, aus einem inländischen, nicht politischen Blatte die Notiz aufnahm, daß der Gustav-Adolphs-Verein in Bayern verboten sey, und knüpfte da an das Raisonnement, daß gegen den vorgegebenen Zweck desselben sich wohl nichts erinnern lasse, daß aber der Name des Vereins so passend sey, indem das Andenken an die von ihm gestifteten in katholischen Landen verübten Gräuel wohl nicht vergessen sey. Das ist wohl nichts Polemisches, wie ich überhaupt die Artikel dieser Art brachte. Aber gleichwohl erhielt ich nun von dem hiesigen Königl. Oberamt in Ulm als Censurstelle ein abschlägiges Verfügung. Dagegen welche Artikel erschienen nun bald darauf in der Ulmer Schnellpost? Ich will auf der Menge einige anführen. (Hr. Wiest verliest nun einige allerdings mit kathloser Maßlosigkeit geschriebene Artikel.) Ich habe nun den Character der Censur dargelegt; ich habe ihre Willkür, ich habe insbesondere gezeigt, wie plötzlich das System vom März 1844 verändert wurde. Ich habe nicht nöthig, das viel Klänge, das tief Verletzende, das Verderbenbringende, was in diesen Artikeln gegen uns Katholiken liegt und was die Censur gestattete, darzulegen. Die Thatsachen sprechen laut genug, und ich vertraue auf das Gerechtigkeits- und Billigkeits-, ja Ehrgefühl auf das Mitgefühl der hohen Kammer. — Ich bitte aber Stimmen, die sagen: Suchet Hülfe bei den Gerichten. Eure Religion, eure Kirche hat gesetzlich, hat verfassungsmäßig Anspruch auf den Schutz der Gesetze und der Gerichte. Unser Preßgesetz, unser Strafgesetzbuch tegt auf die Herabwürdigung eurer Kirche strenge Strafen. Gut, es ist geschehen, man hat geklagt. Wegen des infamen Volksliedes von der Schnellpost klagte der katholische Stadtpfarrer und Decan Diez in Ulm gegen den Herausgeber der Schnellpost, der es aus den Sächsischen Vaterlandsblättern in sein Blatt aufnahm. Aber auch hier vom Gerichtshof in Ulm ein abweisender Bescheid. Offenbar erhellt aus dem Erlaß des Gerichtshofes (zwischen Hr. Wiest verliest, daß die Censur ein Motiv für die Gerichte ist; welcher Katholik, welcher katholische Geistliche wird nun noch klagen? Nur an diesem Ort hier kann über das Verfahren der Censur, über ihre Willkür, über ihre Prinzipiosigkeit, über die plötzliche

Aenderung ihres Sy
worden; ich richte an
ob dieses letztere Sy
sprechen, einer unse
Koth herabgewürdigt
tir so gerechten und
der) beschwindigsten
daß diese in den 3 J
gerechten Abhilfe, d
im katholischen Volke
Die Zustimmung de
um so allgemeiner
mäßige Preßfreiheit
wohlthätige gewähren.
Hülfe, aber zur ve
auch tat schon im J
Recht der Herausgab
hat bei Gelegenheit
sieges nur so bedenk
men werden ist, so
Willkür der Regieru
sie die Concession zu
Blatt es erhalten wil
dieses Gleichheit
evangelischen Bezie
sen nicht allein und
politischen Tagesliter
den dritten Theil de
ausmachen, dürfen
seyn. So ist aber
1838 und 1839, so
um die Erlaubniß
schen Blattes für Ö
gestatten. Di
das gleiche Gesuch
abgeschlagen. Ein
stelle vor einigen
abermals abschlägige
Ungleichheit! Ueber
der Katholiken, ist er
angelegenheiten! 9
mit Zulassung der C
des Mundes, Nicht
Verbrüderung. Ab
bürger? Haben wir
fassung? Tragen
der, sind wir nicht e
den wir alle nicht
schen Recht? Has
für die Befreiung
ihr Blut dahin gegeb
pflichtet, den Unterg
bitten, die bestehende
Concession zur Herau
geboten und den K
so viele politische Ta
Evangelischen.

Karlsruhe, 2
ruher Zeitung ent
Klänge und seine La
Natur bezeichnet und
Dieser solche Lehren,
führen, bekämpfen
eine Inselnsplitter,
Baden obenan.

Braunschweig, 2
men nach, wird in
unser Herzog nach
Zeit zu verweilen.
während einiger Abe
Kanonenschlägen offi
wille in die Nähe
Leiter ist es der Pol
Thäter der wohlgeo
tiefern.

Dresden, 20
Nachricht eingegange
Sommers die Königi
kommen werde, wo
und Anhalten getrof
der diesige, wie der
genheit auch einen
Wien, 18. A
es sey im Werke,
Fürsten, welche dem
bei den den größer
Agenten accreditirt hab
schen Gesandtschaften
ist einleuchtend, da
bedeutende Summen
dürften sich doch nec
litischer Begiehung
diesem Gerüchte viel

Nach der Aug
Sächsischen Vaterlan
meine Zeitung, die
ähnlichen Aenderung
Namentlich wird die

selbst entfernet werden?
u glauben, daß die Regie-
Hand im Spiele habe;
an, zu dulden, daß der
auf solche Weise gehöhnt
, und wir haben nicht ein-
Blatt nicht einmal ein Dr-
m zu können. Ist es da
auch die Katholiken neuer-
ist sind? — Die Klagen
wie mehrere Mal aus-
selbst beide geführte Ver-
men die meiste Zeit der
der Hauptsprecher war. Ihr
nen Vortrag auch aufführ-
: Die Censur ist Willkür,
zu einem zweischneidigen
n sie die Veranlassung ist,
n zu stören, und offenba-
ersiegt zu diesen, so daß
s ist eine unläugbare That-
dre vierte Jahr der weit
en Presse, insbesondere die
blätter mit Zulassung der
Gewerb treiben. Alles,
r dem Land und ihrer und
ere Religion und Kirche,
G drücke, unsere Ober-
Gegenständen der maßlo-
der Verbreitung und Ver-
lassen, zu fanatische Aus-
ihrer und Verthöhnung
acht, theils verkümmert,
den, da werden sie häufig
ls Angriffe auf den reli-
Die meisten wütenden
en keine Rubnahme, denn
sen u. s. w. die Censur
Würtemberg. Selbst der
ihmende Schmäh. Merkur
es Blatt voll Abneigung
Katholiken, und wo er
wird man an die Fabel
t. Noch vor einem Jahr
System, wenn man bei
den sprechen kann. Das
ld und möglich gehalte zu
tung, habe aber nöthig,
oß zu nennen, was nicht
ist ein unbedeutendes po-
derjenigen-Katholiken, die
Staat. Voraussichtlich muß
Blatt „den Donauboten",
Jahren herausgebe, aus
olitischen Blatt die No-
Bustav Adolphs-Verein in
knüpfte an das Mai-
vorgegebenen Zweck be-
nen lasse, daß aber der
ind sey, indem das Un-
Schweden in katholischen
wohl noch bestehe. Das
ß, wie ich überhaupt wie
Aber gleichwohl erhielt
Ehrowmi in Ulm als Cen-
Prüfung. Dagegen welche
ald darauf in der Ulmer
auf der Menge einige an-
ist nun einige allerdings
geschiedene Artikel.) Ich
er Censur dargelegt; ich
abe insbesondere gezeigt,
vom März 1841 verän-
t nöthig, das tief Krän-
das Verbrecherische, was
ans Katholiken liegt und
darzulegen. Die Thats
, und ich vertraue auf
illigkeits-, ja Liebe auf
Kammer. — Ich bitte
: Schutz Hülfe bei den
, eure Kirche hat gelegt-
Anspruch auf den Schutz
chte. Unser Preßgesetz,
auf die Herabwürdigung
n. Gut, es ist gesche-
von den infamen Volks-
ühle klagte der katholi-
an Ehre in Ulm gegen
Post, der es aus den
ren in sein Blatt auf-
Gerichtshof in Ulm ein
fendar ertheilt auf dem
welchen Ihr Urtheil vor-
Motiv für die Gerichte
der katholische Geistliche
Flur an diesem Ort hier
Censur, über ihre Willk-
heit, über die plötzliche

Aenderung ihres Systems schwere Klage geführt werden; ich nichte an den Minister-Tisch die Frage: ob dieses letztere System, diese Zulassung einer freieren, einer unsere Religion und Kirche in den Koth herabsetzenden Presse etwa die Antwort auf die so gerechten und wohlbegründeten Beschwerden des hochwürdigsten Bischofs sey? Glaubt Ihr, daß diese in den 3 Jahren, in welchen Nichts zur gerechten Abhilfe, die Ihr schuldig seyd, geschehen, im katholischen Volke vergessen seyen; mit Nichten! Die Zustimmung derselben ist nur um so voller, um so allgemeiner geworden. Nur die verfassungsmäßige Preßfreiheit kann die so dringend nöthige wenden. Ich rufe nicht die Polizei zu Hülfe, aber zur verfassungsmäßigen Presse gehört auch das schon im Preßgesetz von 1817 festgesetzte Recht der Herausgabe politischer Blätter, ein Recht, das bei Gelegenheit der Festsetzung des Censurgesetzes nur so nebenbei — im Expectoriren genommen werden ist, so daß man auch das in die Hände Minister der Regierung gelegt ist, ob sie und wem sie die Concession zur Herausgabe eines politischen Blattes ertheilen will, wem nicht. Offenbar muß dieses Gleichheit denselben. Die alten Lande, evangelischen Bezirke und besonders Stuttgart dürfen nicht allein und ausschließlich im Besitz der politischen Tagesliteratur seyn, die Katholiken, die den dritten Theil der Einwohner des Königreichs ausmachen, dürfen nicht davon ganz ausgeschlossen seyn. So ist aber der Zustand. In den Jahren 1832 und 1836, so wie im vorigen Jahre, hat sich um die Erlaubniß zur Herausgabe eines politischen Blattes für Oberschwaben. Es wurde nur abgeschlagen. Die erlaubte Erfurcht vor Zeit stellte das gleiche Gesuch vor 3 Jahren; es wurde ihm abgeschlagen. Ein Staatsbürger von Ravensburg stellte vor einigen Monaten das gleiche Gesuch; abermals abschlägige Antwort! Welche auffallende Ungleichheit! Ueberhaupt welch eine Behandlung der Katholiken, ihr Religion und Kirche in Presse angelegenheiten! Nicht nur eine fanatische Presse mit Zulassung der Censur, sondern auch Schleusung des Mundes, Nichtgestattung eines Organs zur Vertheidigung. Aber sind wir nicht auch Staatsbürger? Haben wir nicht auch Antheil an der Verfassung? Tragen wir nicht an den Lasten redlich bei, sind wir nicht eben so treue Unterthanen, haben wir alle nicht auch Anspruch auf die politischen Rechte? Haben die Söhne Oberschwabens für die Befreiung Deutschlands etwa nicht auch ihr Blut dahin gegeben? Ich habe mich daher verpflichtet, den Antrag zu stellen: Die Regierung zu bitten, die bestehende Ungleichheit in Ertheilung der Concession zur Herausgabe politischer Blätter aufzuheben und den Katholiken verhältnißmäßig eben so viele politische Tagesblätter zu gestatten, als den Evangelischen. (Schluß folgt.)

Karlsruhe, 16. April. Die heutige Karlsruher Zeitung enthält eine Denunciation gegen Ronge und seine Lehren, die sie als revolutionair bezeichnet und den Fürsten denunciirt, dessen Treue solche Lehren, „die das Volk ins Verderben führen," bekämpfen helfen. Der Artikel führt zwar eine Zuschrift Ronge's an, ist aber unter der Rubrik Baden abgedruckt.

Braunschweig, 24. April. Dem Vernehmen nach, wird in diesen Tagen Se. königl. Hoheit Herzog August von Italien reisen, um dort längere Zeit zu verweilen. — Die Ruhe unserer Stadt ist während einiger Abende durch Explosionen von 5 Kanonenschlägen gestört, welche terroristischen Muthwillen in der Nähe des Stadthauses gelegt hat. Leider ist es der Polizei noch nicht gelungen, den Thäter der wohlverdienten Züchtigung zu überliefern. (M. Z.)

Dresden, 20. April. Es ist hier die gewisse Nachricht eingegangen, daß im Laufe des nächsten Sommers die Königin von England nach Coburg kommen werde, wo deßhalb schon Vorbereitungen und Anstalten getroffen seyen. Vielleicht erhält der dortige, wie der Berliner Hof bei dieser Gelegenheit auch einen Besuch. (Würzb. Z.)

Wien, 18. April. Man spricht hier davon, es sey im Werke, daß sämmtliche kleine deutsche Fürsten, welche dem Zollverein angehören und die bei den den größern Höfen eigene diplomatische Agenten accreditirt haben, künftig durch die preußischen Gesandtschaften vertreten werden sollten. Es ist einleuchtend, daß die kleinen Fürsten dadurch bedeutende Summen ersparen würden, allein es dürften sich doch noch einige Schwierigkeiten in politischer Beziehung dagegen erheben. Hier wird diesem Gerüchte viele Aufmerksamkeit gewidmet.

(Brsl. Z.)

Nach der Augsburger Postzeitung sind die Sächsischen Vaterlandsblätter, die Deutsche Allgemeine Zeitung, die Bohemer und andere Blätter ähnlicher Tendenz in Oesterreich verboten worden. Namentlich wird die böhmische Grenze scharf bewacht; Jeder, bei dem man eine Nummer getachter Blätter findet, zahlt bis zu 40 fl. Conv. M. Strafe.

Spanien.

Die Deputirtenkammer macht mit der Erörterung der verschiedenen Budgets rasche Fortschritte. So wurde in der Sitzung vom 18. d. beinahe ohne Discussion das Budget für die Marine, das sich auf 88,422,681 Realen beläuft (ungefähr 23 Mill. Franken), angenommen. — In der Sitzung vom 19. war das Finanz-Budget an der Reihe. Man glaubt, die Cortes würden am 10. Mai prorogirt werden, und die Königin werde am 15. Mai ihre Reise nach Katalonien antreten. Mehrere Modelle der Regimenter haben bereits darauf bezügliche Befehle erhalten. — Aus Rom hatte man zu Madrid seit dem 28. März keine Nachrichten. Mit den nächsten erwartet man das Concordat. Ein Madrider Correspondent sagt, es unterliege keinem Zweifel, daß eine der Bedingungen des Concordats zwischen Rom und Spanien die Wiederherstellung von 6 geistlichen Orden verschreibt.

Belgien.

Aus Watou (Westflandern) schreibt man vom 18. April dem Blatt Vlaemsche Belgen: „Zwei Gendarmen, zwei Feldwächter und ein Douanier, sämmtlich im Dienste Frankreichs, haben das belgische Gebiet verletzt, um darauf einen Schmuggler, Namens Brit, zu verfolgen. Einige Bürger, welche dem Brit zu Hülfe eilten, wurden, sind schwer mißhandelt worden, und ein blutiger Streit hat stattgehabt. Die französischen Beamten haben ihren Gefangenen über die Grenze geschleppt." — „Wenn diese Details richtig sind", sagt die Independance Belgem hinzu, „so wird die Regierung kraftvolle Reclamationen in Betreff einer Gebietsverletzung an Frankreich zu richten haben."

Frankreich.

Paris, 24 April. In der letzten Hälfte der gestrigen Sitzung brachte die Deputirtenkammer die Erörterung des Gesetzvorschlags über die Rentenumwandlung zu Ende und das Ganze des Gesetzes wurde mit der bedeutenden Majorität von 202 gegen 86 Stimmen angenommen. Ein Antrag des Hrn. de Tracy, daß diese Bestimmung nicht auf Rentinhaber Anwendung finden solle, deren Renten nicht 500 Frk. überstiegen, fand eben so wenig Gnade vor der Kammer, als ein Zusatz, daß gewisse Rente Inscription und Kassen bei ihnen durch die Conversion zufallenden Verlust ersetzt erhalten sollen. Im Laufe der Debatte stellte Hr. St. M. Girardin die Frage an den Finanzminister, den Zeitpunkt anzugeben, wann er die Maßregel aus führen gedenke, worauf der Minister erwiederte, daß, ginge die Maßregel in der Kammer durch, sie würde das Kabinet später erst den Zeitpunkt dazu festsetzen. — Das Journal des Debats sagt: „Die Deputirtenkammer hat gesprochen. Das Gesetz, welches den Rentnern den zehnten Theil ihres Einkommens nimmt, ist gestern vom ersten bis zum letzten Artikel angenommen wo den. Eine Sitzung hat hingereicht, um über die Maßregel zu stimmen und alle Details derselben festzustellen. Dieses Gesetz ist unter Zerstreuung und Lärm erdrtert, unter Lärm und Beschäftigtheit der Kammer votirt worden. Man sieht, daß die Kammer in ihrer Arbeit schnell gewesen ist. Man braucht die Meinung, aber man thut es auf eine leichte Weise; dies ist ein Trost. Dieser Trost ist nicht der einzige, glücklicher Weise bleibt noch ein anderer übrig, es bleibt den Rentnern eine Hoffnung; noch ist nicht Alles gelagt. Die Deputirtenkammer hat die Herabsetzung der Rente votirt, dies ist wahr; aber der Wille einer einzigen Kammer ist nicht souverain. Es gibt zwei Kammern in Frankreich und wenn die Constitution dies so geweilt hat, so geschah es wahrscheinlich, damit die eine der andern als Gegengewicht dienen und ihre Irrthümer verbessern könne."

— Bei der imposanten Majorität in der Deputirtenkammer glaubt man aber allgemein, daß die Pairskammer sich nicht mit jener in offene Feindschaft wird stellen wollen und die Maßregel eben-falls gut finden wird. Auch an der Sanktion des Königs zweifelt man nicht. Obschon er sich bekanntlich der Umwandlung stets widersetzt hat, so soll er sich doch kürzlich im Minister-Conseil ungefähr in folgenden Worten ausgesprochen haben: „Ich bin gegen die Umwandlung, ich bin es stets gewesen; aber die Kammer votire dieselbe in diesem Augenblicke, ich bin zu sehr constitutioneller König, um mein Veto entgegen zu stellen. Dies würde nichts desto weniger der schmählichste Act meiner Regierung seyn." — Zu Anfang der heutigen Sitzung der Deputirtenkammer verlangte Herr Thiers das Wort, indem er sagte: „Meine Herren! Ich beabsichtige, den Groß-Siegelbewahrer um öffentliche Auskunft anzugehen, über die Anwendung der Staatsgesetze in Bezug auf die religiösen Congregationen. (Ot! Ot! Zeichen der Ueberraschung.) Ich bitte nun die Kammer, einen Tag dazu zu bestimmen. Der Groß-Siegelbewahrer wünscht ihn auf den 2. Mai fixirt." Letzterer erklärte hierauf, daß, da er darüber mit Hrn. Guizot konsultiren müsse, der aber krank sey, so habe er nicht einen früheren Tag wählen können. Die Kammer erklärt sich damit einverstanden. — Das Ministerium ist in großer Verlegenheit, indem es der Ansicht ist, daß die Gegner der Jesuiten auch eine starke Majorität in der Kammer zählen. — Das Siecle kommt auf die Unterhandlungen zurück, womit Graf Rossi, von Seiten des französ. Hofes, beim heiligen Stuhl beauftragt ist, und die sich hauptsächlich nur auf die Jesuitenfrage beziehen. — Hr. Quinet, einer der eifrigsten Jesuitenfeinde, hat gestern seine Vorträge im Collège de France eröffnet, worin er sich über die katholische Kirche in einer Weise äußert, welche beweist, daß die gegen seine Vorträge gerichteten Beschwerden in der Pairskammer wenig Eindruck auf ihn gemacht haben; er ist Alles Andere nur nicht katholisch. — Man versichert, Hr. Guizot schicke sich an, nach den Bädern von Vichy abzureisen, so daß er bis zu Ende der parlamentarischen Session abwesend seyn würde. — Man sucht wieder das Gerücht zu verbreiten, der Herzog von Broglie sey ersucht worden, eine Stelle im Ministerium anzunehmen, weil Hr. Guizot in Folge seines Gesundheitszustandes genöthigt seyn werde, seine Abdankung einzureichen. — Eine Abschrift der zwischen dem Herzog von Broglie und dem Dr. Lushington zu London abgeschlossenen Uebereinkunft, welche bestimmt ist, den Vertrag über das Durchsuchungsrecht zu ersetzen, ist im Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angekommen. — Marschall Bugeaud hat auf die Expedition gegen die Kabylen verzichtet und zwar, weil er mit Marschall Soult schmelle, der ihm zwei Regimenter weigerte, die er dazu verlangt hatte. General Lamoricière wird im Westen die wichtigsten Operationen gegen Abd-el-Kader und die ihm ergebenen Stämme leiten. Herzog Montpensier, der am 18. d. zu Algier angekommen, begibt sich nach Constantine zum General Bideau. Die spanischen, belgischen und deutschen Officiere, welche die Expedition gegen die Kabylen mitmachen wollten, sind sehr betrübt über die Verweigerung ihrer Ansicht. — Die Einnahme des Don Carlos befindet sich d'ssr. Die Aerzte empfehlen eine trockene Luft, und so wird der Minister wohl angezogen werden, Don Carlos einen andern Aufenthaltsort anzuweisen.

(Die Pariser Nachrichten vom 25. April sind ohne alles Interesse. — Merkwürdiger Weise sind die 5pCt. Renten trotz der Annahme des Umwandlungsgesetzes durch die Deputirtenkammer neuerdings gestiegen. — Renten 85.75; 119,15; span. act. Sch. 40; pass. 7⅝; 3pCt. 42.)

Großbritannien.

London, 24. April. Die Königin hielt gestern Nachmittag im St. James-Palaste große Cour. — Nach dem Dublin Journal hielt es zu Dublin allgemein, der Lordstatthalter habe von Sir Robert Peel die bestimmte Nachricht erhalten, daß die Königin gegen den 10 Juli ihre Reise nach Irland antreten werde. — O'Connell hat auf den 1. Juni ein großes Bankett in Cork angenommen. — Bei dem vorigen Meeting zu Dublin stattgefundenen Wochen Meeting der Repeal-Association sprach sich O'Connell wieder in seiner bekannten Weise über die politische Frage des Tages, die Mayneothvereinigung, und mit gewohnter Zuversicht über das Herannahen der Repeal aus. Er schloß mit der Aufforderung an seine Getreuen, sich inzwischen bereit zu halten, dann würden sie unüberwindlich seyn. — Die Wochenliste beträgt 355 Pfd. — Die Petitionen gegen die Mayneothvereinigung sind noch immer an der Tagesordnung; jedoch wurde dieser Tage zu Belfast auch eine protestantische Petition zu Gunsten der Mayneothbill aufgelegt und alsbald von 150 Personen unterzeichnet, worunter sich mehrere Beamte, Banquiers und viele sonstige angesehene Einwohner befinden. — Unsere brittischen Journale sind sehr arm an Neuigkeiten von Interesse.

Italien.

Rom, 14. April. Die Verhandlungen des Bischofs von Lüttich, von Bommel, in Betreff der Freiheit des öffentlichen Unterrichts, werden immer ausgedehnter. Der Prälat, dessen Schrift über diesen wichtigen Gegenstand auch hier viel Aufmerksamkeit erregt, wird deshalb nicht vor 6 Wochen Rom verlassen. (A. Z.)

Schweiz.

Hier die (in uns. letzt. Blatte vorbehaltene) Anrede, womit die außerordentliche Tagsatzung geschlossen wurde: „Lit. Die außerordentliche Tag-

satzung hat für einmal ihre Geschäfte beendigt, da sie die weitere Ausführung ihrer Beschlüsse, sowie die nächste Sorge für die Zukunft mit verdanknswerthem Vertrauen dem Verort übertragen hat. Unter dem unmittelbaren Eindruck der traurigsten Ereignisse, bei der gespanntesten Aufregung des Vaterlandes ist die Tagsatzung zusammengetreten, um, unterstützt von einer ansehnlichen Truppenmacht, den Landfrieden zu gebieten. Mit welchem Rückblick auf die Vergangenheit, mit welcher Hoffnung für die Zukunft darf sie scheiden! Sie hat wenig gethan nach der Ansicht Vieler, sehr Vieler, welche, in einer edeln Begeisterung über jede Sch anken des vorhandenen Rechtszustandes hinwegspringend, nur dem Zuge ihres Herzens folgen möchten, und die Tagsatzung als ein Individuum betrachtet, dem sie nicht nur ihre Gefälle und Sympathien, sondern auch völlige Willensfreiheit zuschreiben. Sie hat Vieles gethan, wenn man den wirklichen, nicht erträumten Kreis ihrer mögl chen Thätigkeit ins Auge fasst, und im guten Glauben vorausgesetzt, daß sie Gehorsam und Unterstützung da finden werde, wo sie es fodern darf, und ein freundeigenössisches Gebote da, wo sie im Interesse vieler Unglücklichen und im Interesse der Beruhigung des gesammten Vaterlandes dringend sich verwendete. Noch ist der Horizont nicht ganz frei von den Wolken, aus denen das Ungewitter sich entladen; noch gehen die Wellen etwas hoch in Folge des Orkans von Leidenschaften, der die Eidgenossenschaft durchbrauste. Doch hat die heilende Kraft der Zeit in dieser kurzen Frist schon Manches zur Beruhigung gethan; sie wird ferner wirken, wenn es der ernste Wille der Behörden und Privaten ist, jedem gewaltsamen Angriff auf den Rechtszustand im Staate entschieden entgegenzutreten, und wenn alle eidg. Herzen sich öffnen, um das beunruhigende Loos so vieler Unglücklichen nach besten Kräften zu mildern. Sollte, wie ich glaube, diese hohe Behauptung, bestehend aus einflußreichen Magistraten aller Kantone, jene Ueberzeugung theilen und mit dem Vorsatze sich trennen, thatkräftig in jenem Sinn mitzuwirken so wage ich es zu hoffen, daß die gefährlichste Krisis überstanden sey und daß bei Eröffnung der ordentlichen Tagsatzung wir etwas heiterer in die Zukunft blicken dürfen. Indem ich Ihnen, Tit, das Zutrauen und die Nachsicht, mit der Sie meinem ersten Auftreten in dieser schwierigen Lage entgegen kamen, von ganzem Herzen verdanke erkläre ich die Sitzung für geschlossen und die Tagsatzung auf unbestimmte Zeit vertagt."

Aargau. Der „Republik" behauptet steif und fest, im freien Amte werde seit Abzug der eidgenössischen Truppen sofort ein Putsch losbrechen. Bereits sind die letztern theils entlassen, theils nach andern Gegenden des Aargaus verlegt. Nach anderen Berichten soll die aargauische Regierung gezwungen werden, mit Luzern Krieg anzufangen.

Bern. Laut der N. Schw. Ztg. ist hauptsächlich im Obraargau von einem neuen Freischaarenzuge die Rede. Die Möglichkeit eines solchen scheint übrigens in Bern selbst stark bezweifelt zu werden.

Luzern, 22. April. Die Hilfstruppen von Schwyz und Uri sind noch immer hier und man hört nichts von ihrer Abdankung.

Graubünden. Die ausgestreuten beunruhigenden Gerüchte von Aufregung in einigen reformirten Gegenden unsers Kantons als Folge von anzuordnenden Waffenrüstungen in mehreren katholischen Landestheilen haben sich, laut den Berichten der herren Commissarien, als vollkommen unbegründet erwiesen.

Griechenland.

Wir erhalten Briefe aus Athen vom 10. April. Die Kammer, welche die Verfassung so reich überreicht hatte, setzte ihre Arbeiten ruhig fort und nirgends war irgend eine Störung eingetreten. (A. Z.)

Aegypten.

Aus Alexandrien vom 6. April melden Briefe eine Reihe von Beschimpfungen und Verfolgungen, welche die Christen in Damiette in der letzten Zeit erlitten haben. Am schauderhaftesten und mit dem empörendsten Hohne gegen das Christenthum und die Christen wurde ein alter Kopte, dem man vorwarf, er habe den Islam gelästert, bis zum Tode gequält, während der Pöbel die Häuser und Personen der europäischen Consularagenten mit Steinwürfen zc. angriff. (A. Z.)

Nach dem Semaphore von Marseille ist der Gouverneur von Damiette, welcher die Mißhandlung des unglücklichen Kopten gebilligt, auf die Klage des französischen Consuls zur Degradation, zu einer Gefängnißstrafe von 6 Jahren im Fort Aboukir und zur Zahlung einer Entschädigung an die Familie des Kopten, welcher in Folge der erlittenen Mißhandlung gestorben ist, verurtheilt worden.

Bekanntmachungen.

Nothwendiger Verkauf.

Land- und Stadtgericht zu Bielefeld.

(10.001. 6. a) Das Nr. 18 Bielefeld belegene Schwarzen-Colonat Flur II. Nr. 30. 48–50. 58–62. 158. 156. 247–249. enthaltend

53	M.	164	[R. 50	F. Acker-
13	„	102	„ „	„ Holz-
7	„	86	„ „	„ Weide- und Wiese.

} Grund.

abgeschätzt auf 5250 Thlr 28 Sgr. 10 Pf., zufolge der nebst Hypotheken-Schein und Bedingungen in der Registratur einzusehenden Taxe, soll am 27. October 1845 Vormittags 11 Uhr an ordentlicher Gerichtsstelle subhastirt werden.

Bekanntmachung.

(10.002) In der königlichen Straf-Anstalt hierselbst stehen folgende in ganz brauchbarem Zustande befindliche Maschinen nebst allem Zubehör zu verkaufen:

2 englische Maulmaschinen, jede zu 144 Spindeln,
1 Rabbelmaschine,
1 Bertheilshaft,
1 Decken- und 2 Bandkrutzen.

Gewerbetreibende werden hierauf mit dem Bemerken aufmerksam gemacht, daß diese Maschinen jederzeit zur Ansicht bereit stehen.

Münster, den 26. April 1845.

Königliche Straf-Anstalts-Direction.
Potmann.

(10.003) Am 30. April c. früh um 10 Uhr sollen am Artillerie-Wagenhause zunächst dem Neuthor für den königlichen Dienst nicht mehr brauchbare Sättel-Geschirre, Zäumungen, Gebisse und 92 Stück Kochgeschirre öffentlich gegen gleich baare Bezahlung an den Meistbietenden verkauft werden.

Die Oeconomie-Commission der 1. Abtheilung 7. Artillerie-Brigade.

(10.004) Mittwoch den 30. d. M. sollen vorne auf der Magdalenen-Straße № 5A des Morgens 9 Uhr allerhand Möbel, als: Tische, Schränke, Commoden, Spiegel, Stühle, Betten, Bettladen zc. auch alle Fenster und Thüren meistbietend gegen Zahlung verkauft werden.

Hasselkamp,
Commissionair.

(10.005) Sein neu assortirtes Lager in Wachstuch, gefüttertem und ungefüttertem, Taffent, Gichtflanell, Barchend zu Klavier-Ueberzügen und Decken empfiehlt

Arnold Boner,
Bogen.

Vier Kupferstiche,

Original-Alexander-Schlachten von Le Brun, stehen zu verkaufen Wo sagt die Expedition d. Bl. (10.006)

(10.007) Wir empfingen unsere persönlich in **Paris** eingekauften Waaren und empfehlen unsere besonders reichhaltige Auswahl der neuesten Artikel. Unsere Waaren von der **Leipziger Messe** sind ebenfalls angekommen.

Hamm, im April 1845.

Gebr. Gerson.

Apotheker-Lehrling.

(9957. 3 b) In einer bedeutenden Stadt der Grafschaft Mark wird unter vortheilhaften Umständen auf kommenden Michaelis ein ordentlich erzogener und mit hinreichenden Vorkenntnissen versehener junger Mann gesucht, der die Apotheker-Kunst zu erlernen Lust hat.

Wo, ist in der Expedition dieses Blattes zu erfahren.

(9913. 2 b) Für einen mit den nöthigen Vorkenntnissen versehenen jungen Mann ist in einer Weinhandlung, Destillerie und Liqueur-Fabrik in der Rheinprovinz eine Lehrlingsstelle offen, wo derselbe Gelegenheit hat, sich neben allen kaufmännischen Kenntnissen auch praktisch in der Destillir-Kunst vollständig auszubilden.

Näheres in der Expedition des Westfälischen Merkurs.

(9914. 3 b) Ein erfahrener Wagenschmied kann sofort dauernde Beschäftigung haben. Nähere Auskunft ertheilt unter Lit. J. B. in frankirten Briefen die Expedition d. Bl.



(9916. 3 b) Ein gut gerittenes Reitpferd, englischer, von brauner Farbe, steht zu verkaufen.

Wo, sagt die Expedition d. Bl.

(10.008) Am Samstag Abend ist ein vergoldetes Armband mit dem Namen F. S. gezeichnet, verloren. Nähere Auskunft ertheilt die Expedition d. Bl.

(10.009) Frauenstraße № 51 stehen zwei Zimmer mit Möbeln zu vermiethen.

Todes-Anzeige.

(10.010) Es hat dem Allmächtigen gefallen, meinen lieben, unvergeßlichen Gatten, den königl. Forst-Kassen-Rendanten, Oberförster **Theodor Freudhoff**, durch einen sanften Tod von meiner Seite zu nehmen.

Er starb am 22. d. M. in Folge eines plötzlich eingetretenen Nervenschlages, gestärkt durch die Heilmittel unserer h. Religion, im 52. Jahre seines thätigen Lebens und im 32. unserer vergnügten Ehe.

Indem ich Verwandten und Freunden diesen Trauerfall anzeige, empfehle ich die Seele des Verstorbenen ihrem christlichen Andenken, mit der Bitte, mir und meinen Kindern fernerest Wohlwollen zu schenken.

Münster, den 25. April 1845.

Die trauernde Wittwe:
Catharina Freudhoff,
geb. Neuhaus.

Todes-Anzeige.

(10.011) Diesen Morgen gegen 5 Uhr starb hier in Hamm, wohin er sich schon erkrankt vor einigen Monaten Geschäfte halber begeben hatte, an einem organischen Herzübel und nach schweren leiden mein geliebter Gatte, der Buchdruckerei-Besitzer **Heinrich Grote** aus Arnsberg, in seinem 60. Jahre und im 26. unserer glücklichen Ehe.

Indem ich Verwandten und Freunden diese schmerzliche Anzeige wisse, darf ich mich ihrer stillen Theilnahme verschert halten.

Hamm, den 27. April 1845.

Wittwe Grote,
geb. Abbck.

Literärische Anzeigen.

Bei Emil Carl Brunn in Berlen ist erschienen und in der **Coppenrathschen** Buch- und Kunsthandlung in Münster, so wie bei **Winkler** in Paderborn zu haben:

Merkwürdige Prophezeihungen

auf

die Jahre von 1844 bis 1850.

Uebersetzt aus den Papieren des zu Lucisse jüngst verstorbenen

Cardinals Laroche.

Preis 1½ Sgr.

Es wird Manchen interessiren seyn, welch' wunderbarer Zukunft wir entgegengehen. Einiges, was auf die Neuzeit der Jahre Bezug hat, ist buchstäblich eingetroffen.

Angekommene Fremde.

Im Münsterschen Hofe (Carl Nölckens Kaufladen, A. Bölcker).

St. Durchl. der Erbprinz R. v. Croy nebst Bedienung a. Dülmen. Heiglhan a. Siegen, Kreuzberg a. Altwelier, Kaufleute

Im König von England (Gerbaulet).

v. Eckoffberg, Baierischer Officier a. Lindau. Schwenger nebst Gemahlin, Just-Comm. a. Hirschberg. C. Schmidt, Maler a. Bamberg. Hanfenberg, Bierbrauer a. Würzburg. Rauenbach, Architect a. Berlin. B. Prinz, Holzhändler a. Haltern. Eggerdorf a. Bremen. Oswald a. Luxemburg. Hetzenhoffer a. Greffelt. Wiggerhoff nebst Tochter a. Halteren, Riesler a. Köln. Hoffmann a. Bremen. Schürmann a. Lennep. F. Rosner a. Nürnberg. v. Gloedt a. Dahlhausen. Steinhauer a. Köln. Hartung a. Frankfurt a. M. Krupel a. Bielefeld. Zering a. Lübeck. Smeid a. Copenhagen, Kaufl.

Im Westfälischen Hofe. (Krapp).

Schmidt a. Berlin. Zwicker a. Bremen. Bunde a. Gütersloh. C. Carstanjen a. Duisburg. C. Abbck a. Breckwinger. Göbling a. Gravenhorst. Bischer a. Zwolle, Kaufl.

Bei Winkelsett.

Enders, Revierförster a. Abbck. H. Stange, Gastwirth a. Abbck. Krick, Kaufm. a. Dorf.

Bei Krähaus.

Wolpers a. Bielefeld, Pothmann a. Füchtorf, Kaufleute.

Bei Renne.

Boockmann a. Gladbach, Passe a. Iserlohn, Kaufl.

Bei Neuhaus.

Hilger a. Lennep, Buchhändler a. Crenenberg, Kaufl.

Preise von Getreide zc. auf auswärtigen Märkten.

Neuß, den 25. April 1845.

Weizen, a.	—	Mlt.	—	Sgr.	—	Pf. a.	2 Thlr. 1 Sgr. 8 Pf
Roggen, a.	—	„	—	„	—	„ „	1 „ 20 „ — „
Wintergerste							1 „ 14 „ — „
Sommergerste							1 „ 10 „ — „
Buchweizen							1 „ 10 „ — „
Hafer							— „ 28 „ — „
Erbsen							2 „ 10 „ — „
Wagsamen							3 „ 25 „ — „
Kartoffeln							— „ 10 „ — „
Kleiner Samen							3 „ 15 „ — „
Rüböl p. Ohm à 252 Pf. o. F.							34 „ — „ — „
dito p. Mst							33 „ 15 „ — „
dito p. Ctr.							1 „ — „ — „
Leinöl p 252 Pfd.							29 „ — „ — „
Rübkuchen p 1000 Gr. Gt.							40 „ — „ — „
„ „ 2000 Pf. Preß							36 „ — „ — „
Leinkuchen							36 „ — „ — „
Heinkuchen p 2000 Pfd.							44 „ — „ — „
Branntwein p. Ohm 18 Gr.							9 „ 10 „ — „
Gereinigtes Dto.							35 „ 22 „ 6 „
Hop p. Cntr. von 110 Pfd.							1 „ — „ — „
Stroh p Schock v. 1200 Pfd.							6 „ 15 „ — „

Verantwortlicher Redacteur: J. Coppenrath.
Expedition: Coppenrathsche Buch- u. Kunsthandlung.

Diese Zeitung erscheint täglich, Montags ausgenommen, und kostet hier 2 Thlr. 10 Sgr., auswärts portofrei 3 Thlr. 15 Sgr. halbjährlich.

Nro. 10

Landtags-

Rhei

Ein und dreißig

Der Hr. Landtags-Co
des Hrn. Landtags-Com
höchster Kabinetsordre
König zu bestimmen ge
und die Leitung des Ge
zu Siegburg den bisher
des heil. Borromäus ob
nossenschaft nicht übern
den selbst wurde ad ac
leitung mehrerer Adreß
schusses über mehrere P
Winzer betreffend,
Städte vorgetragen. —
sed beschloß der Landtag
zu bitten: Die Errichtu
lassen in dem weinbau
unter Zusage des Erm
zustkommen guten Wein
sionalsumme, bestreiten
auf den Antrag eines
beschlossen, Se. Maj.
Mosel zu errichtenden
dann auf die aus landes
Steinkohlen gewähren
der Bewohner an der
und nothwendig ist) die
einem ermäßigten Preise
tes verabfolgen zu lassen
Kohlengruben den früh
rabatt wieder einzuräu
nommene den Bericht de
mehrere Petitionen über
Berechtigung des
des auf dem Land
schusses ging mit einer
men dahin, daß jeder
Vermehrung von 10 Sta
umfassenden Debatte lie
über die Frage des Au
34 Stimmen bejaht un
Nachdem sich der Wunsch
den hatte, nunmehr
Städte amendirte Frage
virten Stand um 10
Abstimmung zu bringen,
Seite gemachte Einwand,
Frage zuvörderst besonde
Unterstützung gefunden,
Frage, namentlich durch
wurde sich als Stimme
Rein. Da hiernach bei
Majorität von zwei Dri
sie als nicht zu einer A
schrieben.

Deu

Berlin, 24. A
man vernommen, daß
in Kötzen aufzö en
ganz aufgemacht ist,
anderer Art in der
so gibt man doch der
der einmal gefaßte
unterstützt durch die